



Hilfswerke in der Zwickmühle

Humanitäre Hilfe oder Friedensarbeit? Unser Beitrag gegen den Krieg

Im Rahmen der monatlichen Treffen von "Frieden jetzt in Ex-Jugoslawien" diskutierten Anfang November Maja Tissafi, Christl. Friedensdienst cfd, Arne Engeli, Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz HEKS, und Zoltan Doka, Schweiz. ArbeiterInnen-Hilfswerk SAH, über die Probleme und Perspektiven ihrer Arbeit im ehemaligen Jugoslawien. Roland Brunner, MOMA-Redaktor und verantwortlich für die GSoA-Jugoslawienarbeit, leitete die Diskussion und besorgte die Bearbeitung.

Roland Brunner: In den letzten zehn Jahren hat sich im Bereich der Arbeit, die Hilfswerke leisten, viel verändert. Stand damals bei der Solidaritätsarbeit mit Zentralamerika politische Hoffnung auf Veränderung im Vordergrund, so geht es heute im ehemaligen Jugoslawien offenbar um eine hoffnungslose Katastrophenbewältigung. Aufbruchstimmung wie bei Nicaragua lässt sich damit nicht vermitteln. Humanitäre und Katastrophenhilfe dominieren heute die öffentliche Wahrnehmung.

Kurzfristige humanitäre Hilfe und längerfristige Friedensprojekte geraten in der täglichen Arbeit der Hilfswerke in ein Spannungsfeld. Wie geht ihr mit diesen Spannungen um? Lassen sie sich auflösen?

Zoltan Doka: Krieg, wo immer er auch sei, hat eine Vorgeschichte. Krieg ist quasi das letzte Stadium einer gesellschaftlichen und politischen Metastase. Wenn wir von den ersten Schüssen hören, ist es meistens schon zu spät. Als Hilfswerk stecken wir in diesem Dilemma. Wir kommen zu vergleichsweise grossen Mitteln, wenn die entsprechenden Bilder in den Medien erscheinen. Präventive Massnahmen, z.B. durch den massiven Einsatz von Ressourcen im Bereich des Aufbaus von zivilen Gesellschaften, sind nicht spektakulär. Dementsprechend stehen auch weniger Mittel für diese Arbeit zur Verfügung.

Wenn Hilfswerke Ursachen für soziale Schieflagen in potentiellen Krisengebieten bei uns in der Schweiz erkennen und zu beheben

versuchen, kann dies finanzielle Schwierigkeiten mit sich bringen. Dem innenpolitischen Engagement für aussenpolitische Anliegen wird von gewissen Kreisen mit "Strafaktionen" begegnet. Globalisierung ja, aber bitte nur wirtschaftlich, scheint die Devise zu sein. Auch in diesem Krieg ist die humanitäre Hilfe insgesamt eine Reparaturkolonne. Die humanitären Organisationen sind im Kriegsfall immer in der schwächeren Position gegenüber Militärs und Waffenlobby. Unbestritten ist die Notwendigkeit humanitärer Hilfe für das Überleben der betroffenen Menschen. Gerade in diesem Krieg sehen wir aber, dass die Menschen, die wir materiell unterstützen, immer wieder fragen: Und was bitte macht ihr für den Frieden? Nicht nur die theoretischen Überlegungen, sondern auch die Praxis vor Ort zeigt uns klar, dass neben der materiellen Hilfe auch Friedensarbeit in all ihren Facetten notwendig ist.

Humanitäre Hilfe kennt ein weites Spektrum: von der Befriedigung des "Paris-Dakkar-Feelings" bis zur



langfristigen, dem Länderkontext angepassten Kooperation. Obwohl immer wieder Entgleisungen geschehen, sind die Kenntnisse für eine angepasste humanitäre Hilfe heute vorhanden. Diese Erkenntnisse stehen jedoch oft im Widerspruch zu den Erwartungen zuhause. Hier in der Schweiz soll man rasche "Erfolge" vorzeigen können. Friedensarbeit kann aber nur funktionieren, wenn sie lokal getragen wird. Der Aufbau eines Vertrauens- und Beziehungs-

präventiven Bereich wie auch im Konfliktfall unabdingbar.

Maja Tissafi: Das Spannungsfeld zwischen humanitärer Hilfe und Projektzusammenarbeit hat in den letzten zwei, drei Jahren oft zu Streitigkeiten geführt. Die BefürworterInnen der humanitären Hilfe meinen, jetzt sei nicht die Zeit für Projektarbeit. Die Projektverantwortlichen andererseits erklärten, dass humanitäre Hilfe allein nichts verändere. Wir dürfen

für die Soforthilfe zur Verfügung stehen. Unsere Projekte sind ein Beitrag zur psychischen Verarbeitung der Kriegsfolgen und zur Vorbereitung der Gesellschaft auf die Zeit nach dem Krieg. Nur wenn es gelingt, die Erlebnisse dieses Krieges zu verarbeiten, kann ein Frieden längerfristig tragen.

Arne Engeli: Friedensarbeit entscheidet sich schon, wenn wir als Hilfswerk unsere PartnerInnen wählen, mit denen wir lokal zusammenarbeiten. Das HEKS hat einen friedenspolitischen Grundsatz, dass wir ökumenische Netze, die schon vorhanden sind, priorisieren. In Novi Sad, Vojvodina, haben beispielsweise vier lokale Kirchen (drei protestantische Minoritätskirchen und die serbisch-orthodoxe Kirche) zusammen ein Hilfswerk gegründet. Trotz aller Schwierigkeiten arbeiten sie seit bald drei Jahren zusammen. Durch diese Zusammenarbeit findet auch eine übernationale Friedensarbeit über die rein humanitäre Hilfe hinaus statt. Durch diese Zusammenarbeit und unsere Hilfe wurde auch die muslimische Gemeinschaft in Novi Sad akzeptiert. Selbstverständlich gibt es auch Schwierigkeiten bei dieser Arbeit. Die serbisch-orthodoxe Kirche macht im Moment Druck, dass das Statut des ökumenischen Hilfswerks zu ihren Gunsten geändert wird. Sie will ihre eigene Entscheidungsbefugnis ausbauen.

Die langfristigen Projekte sind eher im Rahmen von "Gemeinden gemeinsam" möglich, wo Schweizer Gemeinden Partnerschaften mit Gemeinden im ehemaligen Jugoslawien eingehen. Es zeigt sich hier, wie wichtig die Kontakte sind, die nicht nur zum Bürgermeister oder den Stadtbehörden laufen, sondern dass wir die verschiedenen Minderheiten in die Zusammenarbeit einbeziehen. Im Waisenhaus in Sombor, das wir unterstützen, haben jungen PädagogInnen schon fünfmal mit den 80 Kindern ein 14tägiges Ferienlager durchgeführt. Dadurch ist die Stadt überhaupt erst auf die Probleme und die Zustände in diesem Heim aufmerksam geworden. Die Presse hat darüber berichtet und der Bürgermeister hat dem Waisenhaus einen Besuch abgestattet. Die Zusammenarbeit hat damit Menschen, die zu den



Zoltan Doka, Länderverantwortlicher Ex-Jugoslawien beim Schweizerischen ArbeiterInnen-Hilfswerk SAH (ganz links) bei einem Treffen in Mostar Ost.

netzes erfordert von einem Hilfswerk mehr Zeit als die rasche Überlebenshilfe. Oft wird bei Überlebenshilfe aus berechtigten Gründen Know-how und Technik mitgeliefert. In der Friedensarbeit hingegen ist der Import von Verhaltensmustern immer gescheitert. Friedensarbeit ist ein langfristiger Prozess. Die erkennbaren Erfolge der Projekte sind klein und schwierig plastisch darstellbar – im Gegensatz zur Nothilfe, die beispielsweise beim Entladen einer Tonne Hilfsgüter die gefragten Bilder liefert. Die Medienleute wären hier gefordert, die Präsentation der Friedensarbeit im Kontext der humanitären Hilfe kreativer zu gestalten. Gerade weil die Friedensarbeit den ganzen Menschen wahrnimmt, Prozesse auslösen will, die zur gewaltfreien Konfliktlösung beitragen, ist eine vermehrte Friedensarbeit im

aber diese beiden Bereiche der Arbeit nicht gegeneinander ausspielen. Projektzusammenarbeit kann Mechanismen beeinflussen und neu schaffen, wo die humanitäre Hilfe dies nicht kann. Die humanitäre Hilfe andererseits muss auf eigenständiges Handeln der Menschen ausgerichtet sein. Voller Magen und aktives Denken gehören zusammen.

Wir haben nach Projektpartnerinnen gesucht, die diese zwei Arbeitsfelder zusammenbringen. Oft ist es gelungen, mit humanitärer Hilfe auch Vertrauen und Zusammenarbeit für friedenspolitische Arbeit zu gewinnen. Unsere Projekte im psychosozialen Bereich beispielsweise, die Betreuung von kriegsversehrten Frauen und Kindern, erfordern ein langfristiges Engagement unsererseits, aber auch unserer Partnerinnen. Dazu braucht es Gelder, die meist nur

ersten Opfern zählen, ein Stück Zuwendung gegeben.

Als Präsident des Schweizerischen Friedensrates stehe ich auch in ständigem Austausch mit Antikriegs- und Menschenrechtsgruppen im ehemaligen Jugoslawien. Für mich ist die Unterstützung dieser Gruppen eigentlich das vordringliche. Wir müssen ihnen die Möglichkeit offenhalten, eine Realität des anderen Kroatiens, des anderen Serbiens, des anderen Bosniens zu leben. Wir können mit unserer Unterstützung einen Beitrag dazu leisten, zivile Gesellschaft aufzubauen und den Frieden nach dem Krieg vorzubereiten.

Roland Brunner: Ist die Hoffnung, mit Friedensprojekten einen Beitrag zum Aufbau der Zivilgesellschaft zu leisten, realistisch oder nicht eher ein Wunschtraum? Als ich am 26. Juni 1991 für die slowenischen Unabhängigkeitsfeiern bei Friedensfreunden in Ljubljana war, begannen die Panzer Richtung Grenze zu rollen. Für uns alle war das damals das letzte Aufbäumen des Stalinismus, die letzten Zuckungen eines Geistes, der schnell wieder in der Flasche verschwinden würde. Wir glaubten zwar nicht, dass der Untergang der zweigeteilten Welt reibungslos verlaufen wird, aber wir rechneten nicht mit einem so langen, so erbitterten und so blutigen Krieg. Mit welchen Erwartungen habt ihr eure Arbeit begonnen? Wie geht ihr damit um, dass nach vier Jahren Krieg von den Hoffnungen kaum noch etwas übrig ist?

Arne Engeli: Das HEKS hat Kontakte zu den protestantischen Kirchen in Osteuropa seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Besuche in der Vojvodina haben schon in den 60er Jahren stattgefunden. Wir konnten damit auf eine bestehende Partnerschaft aufbauen. Wir haben aber schnell gesehen, dass wir unsere Zusammenarbeit auch nach Kroatien und Bosnien ausbauen müssen. Wir haben nach weiteren PartnerInnen gesucht, indem wir unsere Kontakte in der ökumenischen Familie benutzten.

Diese Kontakte mit Menschen auf den verschiedenen Seiten des Krieges geben sehr verschiedene Bilder und Geschichten. Die oft völlig gegensätzlichen Wahrnehmungen der Kriegsrealität erlauben es in dieser

Arbeit auch, selber als Brücke zwischen den Menschen und Wirklichkeiten zu funktionieren. Am problematischsten ist momentan der Kontakt mit der serbisch-orthodoxen Kirche. Nach vielen Versuchen und Gesprächen mit den Bischöfen, mit dem Patriarchen, mit dem Heiligen Synod, der obersten Kirchenleitung, haben wir uns entschieden, diese Gespräche zu sistieren. Wir mussten uns eingestehen, dass diese Auseinandersetzungen kontraproduktiv waren.

jedem neuen Projekt kleiner – nicht wegen der Beziehung zu den PartnerInnen oder wegen der Qualität der geleisteten Arbeit, sondern weil ich inzwischen unsere Möglichkeiten vergleichen muss mit dem Militarismus. Es erschlägt mich manchmal mit Ohnmacht, wenn ich die Bestrebungen der Friedensarbeit in einer Umgebung der hochgerüsteten Militärlogik betrachte. Diese Spannung reduziert meine grossen Hoffnungen. Ich sehe, wie unterschiedlich die



Maja Tissafi (rechts) im Transitzentrum für bosnische Frauenflüchtlinge und Kinder in Zagreb.

Unsere Fragen haben höchstens zu noch schärferer Abwehr seitens der orthodoxen Kirche geführt. Wir arbeiten deshalb jetzt mit PartnerInnen an der Basis statt in der Kirchenleitung zusammen.

Zoltan Doka: Das SAH hatte in den ehemaligen Republiken Jugoslawiens absolut keine Kontakte. Wir mussten in einer Extremsituation den Länderkontext erarbeiten und unser Umfeld kennenlernen. Als Hilfswerk der Sozialdemokratischen Partei und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes kamen wir unter den Erwartungsdruck, im ehemaligen Jugoslawien aktiv zu werden. Von uns wurde verlangt, wie ein Airbag plötzlich beim Aufprall voll aufgeblasen dazusein.

Meine persönlichen Erwartungen wurden mit jeder Reise und mit

Ressourceneinsätze sind. Ich weiss, dass wir Schritte Richtung Frieden machen können, aber unsere Schritte sind kleine, unsichere Schritte, die vom Trampeln der Militärstiefel allzuoft übertönt werden. Wenn wir unsere Arbeit an den Mitteln und Möglichkeiten messen, die wir zur Verfügung haben, so haben wir viel erreicht. Wenn wir uns aber an der Macht des Militärs messen lassen, sind wir chancenlos. Hier müssen wir nach Hebeln suchen. Solange beispielsweise die internationale Ächtung von Landminen abgelehnt wird und die Waffenproduktion weitergeht, bleibt die Perspektive der Friedensarbeit ein pragmatisches Machen-was-möglich-ist.

Ich bin nicht pessimistisch. Aber nur wenn ich mir der Möglichkeiten und Spielräume bewusst bin, finde ich die Kraft, das Mögliche zu tun.



Wir müssen unsere Arbeit so setzen, dass in den kleinen Räumen Friedensarbeit entstehen kann, ohne dass die globalen Zusammenhänge vergessen gehen. Neben der Hilfe vor Ort müssen wir zuhause in der Schweiz politisch agieren.

Roland Brunner: Maja, der cfd betreut und finanziert vor allem Frauenprojekte. Seit Beginn des Krieges gab und gibt es immer wieder Spannungen zwischen dem Verständnis

ten die Ansprüche und Erwartungen weit auseinander. Inzwischen sind die zwei Seiten ein Stück weit ineinander gewachsen. Auch die Frauenorganisationen in Zagreb haben gemerkt, dass friedens- und frauenpolitische Arbeit nicht möglich ist, wenn man sich der humanitären Hilfe völlig verweigert. Sie wurden überrollt von der Arbeit in Flüchtlingslagern usw. Die konkrete Arbeit drängte sich in den Vordergrund.

ten in ihrem Land haben. Es gibt aber ein Netzwerk von Menschen, die versuchen, sich diesem Krieg zu entziehen und sich ihm zu widersetzen. Was wir tun können und müssen, ist, diesen Menschen das moralische und materielle Überleben zu ermöglichen, um damit für die Zeit nach dem Krieg auf ein Netzwerk von Menschen zurückgreifen zu können, die geistig und materiell nicht vom Krieg vereinnahmt wurden, sondern die ein Widerstandspotential durch und über den Krieg hinaus retten konnten.

Wenn wir uns selber an dem Anspruch messen, der von aussen an die Friedensbewegung angelegt wird, mit welchen Rezepten wir den Krieg beenden und Frieden schaffen können, stehen wir vor Fragen, die wir ehrlicherweise nicht beantworten können. Wir müssen diese Ansprüche zurückweisen, solange wir nicht über die Mittel und Möglichkeiten verfügen, sie einzulösen. Die Friedensbewegung ist nicht gescheitert, weil sie keinen Frieden schaffen konnte, sondern nur insofern, als all die kleinen Projekte, die wir beschränkt unterstützen können, bei weitem nicht ausreichen angesichts der Mittel, die für den Krieg verwendet werden. Wenn wir durch fehlende Unterstützung den Menschen, die sich gegen den Krieg wehren, den Boden unter den Füßen wegziehen, dann haben wir versagt.



Arne Engeli (links) bei einem Augenschein im kriegszerstörten Pakrac, zusammen mit dem Stadtrat für Wiederaufbau Zilic, dem Vertreter des lutherischen Weltbundes Markenko und einem Bauunternehmer.

für Projektarbeit westlicher – z.B. Schweizer – Frauen und Feministinnen und dem Selbstverständnis und den Wünschen von Frauen im ehemaligen Jugoslawien. Wie geht ihr mit den Erwartungen beider Seiten um?

Maja Tissafi: Diese Diskussion wird bei uns seit Beginn des Krieges geführt. Wir sind im ehemaligen Jugoslawien aufgrund der Frauensolidarität aktiv geworden, als nach Kundgebungen im Dezember 1992 und dem Aufruf gegen die Vergewaltigungen plötzlich grosses Echo und viel Geld vorhanden war. Das Geld war vorhanden und wir wurden angefragt, für eine sinnvolle Verwendung zu sorgen.

In einer Begleitgruppe waren Feministinnen und eher humanitär orientierte Frauen zusammen mit Frauen aus Bosnien. Anfangs klaff-

Die Unterschiede bestehen aber weiter. Wir haben Partnerorganisationen, die einen klar feministischen Ansatz vertreten und die über nationale und ethnische Grenzen hinweg arbeiten. Andere Partnerinnen haben sich als Selbsthilfegruppen aus der Notsituation heraus gebildet. Diese zwei Formen des Engagements müssen wir miteinander und nebeneinander unterstützen und einbeziehen. Im laufenden Jahr sind die Kontakte und die Zusammenarbeit bedeutend besser geworden.

Roland Brunner: Vesna Terselic, eine der Gründerinnen und heute nationale Koordinatorin der Antikriegskampagne in Kroatien, erklärte mir einmal, dass sie selber durch viele persönliche Krisen hindurch sich bewusst wurde, dass sie keinen Einfluss auf die politischen Realitä-

Arne Engeli: Die Versuchung besteht, immer den Weg des geringsten Widerstandes, aber der grössten Akzeptanz zu gehen. Humanitäre Hilfe zu leisten, Kleider zu sammeln, Lastwagen zu beladen usw. ist breit akzeptiert. Zum Teil werden wir richtiggehend gedrängt, noch eine Sammlung mehr zu organisieren. Andererseits muss ich mir immer wieder den Raum erkämpfen, über Nothilfe hinaus friedenspolitische Projekte durchführen zu können. Aber die Kontakte durch solche Arbeit sind ein Kapital für die Zukunft. Der Bürgermeister von Sombor beispielsweise war erst sehr erstaunt, dass wir nicht einfach ab und zu mit einem Lastwagen voll Kleider angefahren kommen, abladen und wieder verschwinden, sondern dass wir das Gespräch gesucht haben und suchen. Bei meinem letzten Besuch hat er gesagt, dass wir in diesen bald drei Jah-



ren zu seinen Freunden wurden. Aus solchen Freundschaften lassen sich gemeinsames Verständnis und gesellschaftliche Perspektiven entwickeln, die über den Krieg hinausweisen.

Dann bringen wir auch oft Fragen mit von unseren Reisen nach Hause. Vom Friedenszentrum in Novi Sad wurden wir gefragt, weshalb Deserteure und Militärverweigerer aus dem ehemaligen Jugoslawien nicht in der Schweiz bleiben könnten. Sie haben von uns Rechenschaft gefordert, weshalb die Schweiz zwar lautstark gegen den Krieg sei, aber das einfachste nicht tue, was sie tun könnte: den Verweigerern Aufnahme gewähren. 37'000 Menschen in der Schweiz haben dafür auch eine Petition unterschrieben. Bundesrat Koller hat in seinem Antwortschreiben einfach aufgelistet, was die Schweiz schon alles mache für das ehemalige Jugoslawien – und mehr könne sie nicht tun.

Oder dieses Zureiseverbot für Saisoniers aus dem ehemaligen Jugoslawien. 1996 sollen nun die letzten Kontingente auslaufen. Allein aus dem Kosovo betrifft das 20'000 Menschen. Ich sehe mich in der Stube in Prishtina. Vier Familien sitzen rund um den Tisch. Niemand von ihnen hat Arbeit. Sie beschreiben mir die Ausweglosigkeit ihrer Situation. Als ich sie frage, wovon sie leben, antworten die einen mit einem Sohn in Schweden, die andern mit dem Schwager in der Schweiz... Ganze Familienclans müssen mit dem Einkommen eines Saisoniers in der Schweiz auskommen. Wenn von den 20'000 Saisoniers jeder jährlich 10'000 Franken nach Hause überweist, macht das 200 Millionen Franken, die im Kosovo fehlen werden. Dann können wir von den Hilfswerken wieder dafür kämpfen, 20 Millionen Franken humanitäre Hilfe nach Kosovo zu bekommen. Diese Politik der Schweiz müssen wir hinterfragen. Mit Friedenspolitik hat sie jedenfalls nichts zu tun.

Roland Brunner: Der humanitären Hilfe wurde ja sogar schon vorgeworfen, den Krieg zu befördern, indem den Kriegsparteien notwendige Mittel zur Verfügung gestellt werden, ohne die ein Krieg gar nicht mehr möglich wäre. Ist humanitäre

Hilfe einfach ein Feigenblatt für politisches Abseitsstehen? Humanitäre Hilfe steht unter dem Gebot der Neutralität. Wird hier mit dem grossen Geld die politische Verantwortung zugedeckt? Die Glückskette beispielsweise unterstützt ausschliesslich Projekte der Soforthilfe und verweigert jede Zuwendung an friedenspolitische Projekte. Können sich die Hilfswerke, die sich in ihrer humanitären Arbeit der Politik entziehen müssen, aber in ihren Friedensprojekten direkt politisch gefordert sind, diesem Dilemma entziehen?

Maja Tissafi: Vor einem Jahr wurde ich in einem Flüchtlingszentrum innerhalb von zwei Wochen rund zehnmal darauf angesprochen, dass die Schweiz und der Westen mit der humanitären Hilfe den Krieg verlängerten. Der cfd leistet aufgrund seiner Projektkriterien praktisch keine direkte humanitäre Hilfe. In der Schweiz wurden wir dafür auch scharf kritisiert. Die Bevölkerung sieht ihre Möglichkeit bei Spenden für humanitäre Projekte mit ihren alten Kleidern usw. Humanitäre Hilfe kann natürlich zur Beruhigung des guten Schweizer Gewissens führen. Sie kann aber auch als Vermittlung ein Problembewusstsein auslösen. Wenn es zu einer Auseinandersetzung mit dem Krieg, mit den eigenen Möglichkeiten kommt, ist humanitäre Hilfe ein guter Weg. Als Hilfswerk sind wir gezwungen, humanitäre Hilfe zu leisten, nur um an Gelder für Friedensprojekte zu kommen. Humanitäre Arbeit ist heute begrifflich so weit gefasst, dass zum Teil auch Friedensprojekte in den Rahmen der humanitären Hilfe passen. Andererseits hat der cfd seine Flüchtlings-Inlandabteilung aufgelöst, um damit der Abhängigkeit vom Bund zu entgehen. Manchmal kommen wir aber um Kompromisse nicht herum.

Zoltan Doka: Im Gegensatz zur Glückskette spielt der Bund eine wichtige Rolle auch bei der Finanzierung von Friedensprojekten. Der gleiche Bund betreibt dann aber in der Asylpolitik eine Anti-Friedenspolitik. Es ist politisch brisant, wie unkohärent das EDA handelt. Als Hilfswerk stecken wir im Schraubstock. Im SAH schafft das perma-

nente Konflikte bei der Flüchtlingsabteilung, für die sich die Probleme im Asylbereich laufend verschärfen, und der Auslandabteilung, die im humanitären Bereich gefordert wird. Diese Probleme haben zu gemeinsamem Nachdenken bei den Hilfswerken geführt, wie politisch auf diese Situation reagiert werden kann.

Neben Politik und Hilfswerken spielen auch die Medien eine wichtige Rolle. Als Hilfswerk sollten wir bestimmten Bildern entsprechen, die die Medien von uns zu Verkaufszwecken wollen. In diesem Spannungsdreieck von Politik, Medien und operativer Arbeit stecken wir drin. Bei den Hilfswerken besteht eine gewisse Angst, diese Probleme zu thematisieren.

Arne Engeli: Ich bin mir nicht sicher, ob die Philosophie der Glückskette wirklich auf die Realität zutrifft. Sie geht davon aus, dass Spenden nur eingehen, wenn man die Not plakativ vor Augen führt – beispielsweise mit einem weinenden Kind. In meiner Arbeit, wenn ich bei öffentlichen Auftritten oder in Gottesdiensten über die Arbeit der Menschen im ehemaligen Jugoslawien berichte, sehe ich, dass die Leute hier sehr offen sind für Friedensnachrichten. Neben den Bildern von Krieg und Not gehen die Nachrichten vom Frieden oft unter.

Maja Tissafi: Ich habe diese Erfahrung auch gemacht, dass Menschen nach Hoffnung suchen, dass sie genug haben von den Kriegsbildern. Ich habe aber auch das Gegenteil erlebt, dass SpenderInnen Jugoslawien fallen lassen, weil es an anderen Orten schlimmer und deshalb dringender sei.

Roland Brunner: Welche Brücken für die Hilfsbereitschaft der Menschen hier lassen sich schlagen? Wie können die Leute hier teilhaben am friedenspolitischen Engagement der Hilfswerke? Habt ihr Handlungsangebote, die mehr sind als Kontonummern für Spenden?

Arne Engeli: Zweimal im Jahr organisiere ich Delegationsreisen in ein Projektgebiet. Die Menschen, die sich an einer solchen Reise beteiligen, kommen mit sehr hoher Motiva-



tion zurück. Sie haben etwas von den Problemen gehört und verstanden und oft auch Freunde gefunden. Eine solche Reise ist ein Studiengang in Friedensarbeit. Wir waren gerade mit einer Gruppe in der Vojvodina, um die Situation der Krajina-Flüchtlinge

vor Ort abzuklären. Wir hatten Kontakt und Gespräche mit Flüchtlingen, mit Behördenvertretern, mit Kirchen, mit Friedensgruppen usw.

Die Organisation *Friedensbrugg* organisiert regelmässig Seminare im süngarischen Mohac, wo Men-

schen aus Serbien, aus Kroatien, aus Bosnien, zusammen mit Menschen von hier diskutieren und Perspektiven entwickeln. Der direkte Kontakt mit diesen Menschen ist die beste Möglichkeit des eigenen Engagements.

Maja Tissafi: Ich bin gerade daran, mit einer Kirchgemeinde einen ökumenischen Gottesdienst zum Thema Jugoslawien vorzubereiten. Seit einem halben Jahr versuchen sie, die Flüchtlinge aus Kroatien, aus Bosnien, aus Serbien, in diese Vorbereitungen einzubeziehen. Das ist nicht gelungen. Die Zusammenarbeit klappt aber oft, wenn es nicht um Jugoslawien geht. Es ist viel einfacher, ein Projekt der Abfallkompostierung mit SerbInnen, KroatInnen und BosnierInnen gemeinsam durchzuführen als eine Jugoslawien-Diskussion. Die Betroffenheit ist zu gross, das Thema geht zu nahe. Es kann nicht unsere Aufgabe als Hilfswerk sein, diese Verständigung zu leisten.

Wir können aber an solchen Veranstaltungen teilnehmen und selber Projektpartnerinnen zu öffentlichen Anlässen hierher einladen, um den Menschen hier einen direkten Zugang zu unserer Friedensarbeit zu vermitteln.

Zoltan Doka: Die Zusammenarbeit der Länderverantwortlichen verschiedener Hilfswerke und Friedensorganisationen im *Infokreis Ex-Jugoslawien* zeigt uns immer wieder, wie schnell wir an die Grenze des Machbaren stossen. Die Kapazitäten und Mittel für diese Arbeit sind bei allen Organisationen klein. Trotzdem ist es verschiedentlich gelungen, Veranstaltungstourneen in der Schweiz durchzuführen. Auf den Uno-Menschenrechtstag vom 10. Dezember haben all diese Organisationen es auch zustandegebracht, mit einer gemeinsamen Projektzeitung namens "Brückenschlag" nach aussen zu treten, um die friedenspolitische Arbeit zu dokumentieren und zu Spenden aufzurufen. Vielleicht wird eines Tages diese Arbeit als Ergänzung zur humanitären Hilfe auch von der Glückskette anerkannt und unterstützt.

Brückenschlag

Friedensprojekte im Gebiet Ex-Jugoslawiens

Unter dem Titel BRÜCKENSCHLAG traten 13 friedenspolitische Organisationen und Hilfswerke anlässlich des UNO-Menschenrechtstages vom 10. Dezember gemeinsam an die Öffentlichkeit. Im Editorial schreiben sie:

Wer Frieden will, muss Frieden vorbereiten. Seit dem Ausbruch des Krieges im ehemaligen Jugoslawien im Jahre 1991 arbeiten die Schweizer Hilfswerke im Rahmen von lokalen Friedensprojekten an der Versöhnung verfeindeter Gruppen in den Kriegsgebieten. Sie arbeiten zusammen mit einer ganzen Reihe von Friedensorganisationen. Oft wirken sie im Stillen, von einer breiten Öffentlichkeit unerkannt.

Die Schweizer Bevölkerung leistet Aufrufen zur humanitären Hilfe spontan Folge. Ihre Spendenfreudigkeit ist dabei gross und kommt von Herzen, wenn es um materielle Not geht. Krieg stürzt die betroffenen Menschen aber nicht nur in materielle Not. Feindbilder setzen sich für lange Zeit in den Köpfen fest. Gewalt wird "legitimes Problemlösungsmittel". Staatlich verordnete Manipulation desorientiert die Bevölkerung. Misstrauen ist allgegenwärtig.

Aber es gibt auch das andere Serbien, Kroatien und Bosnien, das sich

gegen die Kriegsherren auflehnt. Denn trotz dieser Widerwärtigkeit, die Krieg heisst, sind immer Menschen da, die Feindbilder abbauen wollen, gewaltfreie Lösungen anstreben, offen informieren und Vertrauen aufbauen wollen. Die Arbeit dieser Menschen und Organisationen findet oft im Verborgenen statt, Sie lässt sich schlecht spektakulär verkaufen.

Humanitäre Hilfe ist fraglos notwendig. Doch sie kann und muss mehr sein, als die Linderung der materiellen Not. Die Unterstützung der Friedensarbeit ist unser Beitrag an eine gewaltfreie, humane Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der Menschenrechte mehr sind als blosse Lippenbekenntnisse.

Folgende Organisationen haben sich am BRÜCKENSCHLAG beteiligt: Amica Schweiz, Christl. Friedensdienst efd, Frauen für den Frieden, Friedensbrugg, Gemeinden gemeinsam, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA, Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz HEKS, Medienhilfe Ex-Jugoslawien, Schweiz. ArbeiterInnen-Hilfswerk SAH, Service Civil International SCI, Schweiz. Friedensrat SFR, Schweiz. Rotes Kreuz SRK, Verein für die Würde von Frauen und Kindern.